

Kamener Zeitung

Unentgeltliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der ersten Spalte 200.— Mark, bei fortgesetzten Anzeigen 150.— Mark. Bei Werbeführungen, die über mehrere Spalten gehen, wird nach Maßgabe unserer Preisverordnungen, die in der Kamener Zeitung, 6. u. 7. d. J. in Kamen, gedruckt sind, festgesetzt. Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 19000 Mk., durch die Post laut Postanweisung zu zahlen. Falls wir in der Ausgabe oder in der Lieferung versagen, ist der Bezugsnehmer nicht verpflichtet, die Lieferung des Bezugs zu übernehmen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Redaktion des Bezugspreises. Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Nummer 148

Donnerstag, den 5. Juli 1923

51. Jahrgang

Die Londoner Besprechungen.

Von entscheidender Bedeutung für die englisch-französischen Beziehungen. — Keinerlei bindende Antwort Poincarés. — Schriftliche Antwort Belgiens an Curzon. — Ein wichtiger englischer Ministerrat.

Ernste Beratungen.

London, 4. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Das Reutersbüro erfährt, daß die Verhandlungen, die der französische Botschafter gestern mit dem britischen Außenminister Lord Curzon in der Nachtfrage hatte, eine Stunde dauerten. Nach Schluß der Besprechung wurde erklärt, daß keine Mitteilungen über die Besprechungen ausgegeben werden könnten. Aus nichtamtlichen Kreisen verlautet, daß es sich um eine allgemeine Besprechung gehandelt habe und daß der französische Botschafter keinerlei schriftliche Mitteilungen überreichte.

Den Blättern zufolge wird Lord Curzon heute dem Kabinett über seine gestrigen Besprechungen mit dem französischen und belgischen Botschafter Bericht erstatten.

Der belgische Botschafter in London, Baron Moncheur, erschien gestern bei Lord Curzon, mit dem er eine dreiviertelstündige Unterredung hatte, die besonders deshalb Bedeutung hat, weil er dem englischen Staatssekretär eine schriftliche Antwort auf die gestellten Anfragen überreichte. Damit schiedet sich also Belgien wenigstens in der Form der Beantwortung des englischen Fragebogens von Frankreich. Ob die gestrigen Unterredungen auch hinsichtlich der französischen Standpunkte unterschieden ist, läßt sich nach den Mitteilungen der Presse nicht beurteilen.

Nach Baron Moncheur erschien der französische Botschafter Saint-Aulaire bei Lord Curzon. Gegenständliche Verhandlungen der Londoner Berichterstatter der Pariser Zeitungen zum Trotz muß nach den Mitteilungen der englischen Presse gesagt werden, daß diese Begegnung nicht zu einer Entscheidung führte.

Lord Curzon erteilte keine Antwort auf die englischen Fragen unter der Einstellung des vorläufigen und welche Form der Einstellung dieses Widerstandes wurde, sondern Graf Saint-Aulaire in weitläufigen Erklärungen.

Dabei hielt er die Grundfrage aufrecht, die Poincaré bereits vor der Pariser Konferenz angedeutet hat, daß das Ruhrgebiet nicht geräumt werden kann, ehe Deutschland die Reparationen nicht vollständig abgezahlt hätte.

Lord Curzon begnügte sich mit der Erwiderung, daß er die ihm vorgetragenen Anschauungen im englischen Ministerrat mitteilen werde, der heute eine wichtige Sitzung abhalten wird, bei der wahrscheinlich entschieden werden wird, ob England eine gemeinsame Reparationspolitik mit Frankreich fortsetzen zu können glaubt, oder ob es seine eigenen Wege wird gehen müssen.

In Frankreich ist man nach der Besprechung zwischen Graf Saint-Aulaire und Lord Curzon nicht unruhig geworden, weil man bestreitet, daß das englische Kabinett bereits heute die in den letzten Tagen von den Londoner Zeitungen angekündigten Maßnahmen verwirklichte.

Man hat nämlich bemerkt, daß die diplomatische Korrespondenz der „Daily Mail“ veröffentlicht, und die ihm von einer ausgezeichnet unterrichteten französischen Persönlichkeit zutraf, in der man zweifellos Poincaré zu erblicken haben wird.

Es heißt darin: Die französische Regierung will alles unternehmen, um die englische Regierung zu überzeugen, daß ihre Haltung in der Ruhr- und der Reparationsfrage ehrenhaft und ernst sei. Es folgen sodann lange Entschuldigungen darüber, warum Frankreich bisher nicht in der Lage war, die von England gestellten Anfragen zu beantworten. Aber der mündliche Gedankenaustausch sei niemals unterbrochen gewesen, und es werde sich vielleicht doch noch ein Weg finden lassen, um eine gemeinsame Aktion durchzuführen.

Frankreichs Außenpolitik habe niemals den Zweck gehabt, Deutschland vollkommen zu ruinieren, und Frankreich wünsche ebenso wie England eine wirtschaftliche Lösung der Reparationsfrage, wie es auch die englische Anschauung teile, daß es die wichtigste Aufgabe in diesem Augenblick sei, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu vollziehen.

Diese Erklärung muß Aufsehen erregen. Zum ersten Male wird in Paris derselbe Grundsatze ausgesprochen, den sich das englische Kabinett zu eigen machte, nämlich, daß die Hauptaufgabe der europäischen Staatsmänner darin bestehe, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu vollziehen. Man muß wohl bemerken, daß Frankreich mit dieser Erklärung eine Annäherung an England sucht.

Ein Ministerrat.

Kabinettsberatung in London über die erste Lage.

London, 4. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung des Kabinetts hat Lord Curzon, wie verlautet, Bericht über seine Besprechungen mit dem franzö-

Vor einer Regierungserklärung

Gegen den aktiven Widerstand.

MTB. Berlin, 4. Juli.

(Drahtbericht.)

Der Reichstagskanzler empfing im Laufe des heutigen Tages die Führer der Reichstagsparteien, um mit ihnen, nachdem der päpstliche Nuntius vorgeschlagen hatte, die politische Lage zu erörtern. Der Reichstagskanzler erklärte sich bereit, dem Wunsch des Reichstages gemäß, eine Aussprache über die politische Lage herbeizuführen. Diese Aussprache wird jedoch nicht in einer Plenarsitzung des Reichstages stattfinden, sondern im Auswärtigen Ausschuss, den der Vorsitzende Dr. Stresemann am morgen vormittag 10 Uhr einberufen hat. Die über große Mehrheit der Reichstagsparteiführer ist sich mit dem Kanzler darin einig, daß die gespannte außen- und innenpolitische Lage nicht dazu ansetzt, in einer öffentlichen Sitzung Fragen aufzurollen, deren öffentliche Behandlung nur Schaden, aber keinen Nutzen bringen kann. Schon heute betonte der Reichstagskanzler Dr. Cuno den Parteiführern gegenüber, daß die Reichsregierung niemals die Auffassung des aktiven Widerstandes bezog, der Einlösung zu eigen gemacht habe. Wir möchten nochmals auch hier betonen, und das ging auch aus dem Empfang des Nuntius beim Reichstagskanzler hervor, daß die Auffassung völlig abwegig ist, als ob durch diesen Besuch des päpstlichen Nuntius eine Abschwächung des Papstbriefes beabsichtigt sei. Lediglich wünscht der Papst seine Bemerkungen nicht durch unangenehme Zwischenfälle, für die die Reichsregierung keinen Einfluß eintreten könnte, gestört zu wissen. Eine entsprechende Erklärung des Kabinetts wird in der Presse veröffentlicht werden.

Neuere Telegramme besagen:

|| Berlin, 5. Juli.

(Drahtbericht.)

Im Laufe des gestrigen Mittwachs fand noch

sich und dem belgischen Botschafter erstattet. Ueber das Ergebnis wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Eine heute veröffentlichte Note des Reutersbüros betont die Notwendigkeit der Zurückhaltung mit folgenden Begründung: „In einer Lage, die so belastet ist, wie die gegenwärtige, wo offensichtliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten bestanden, könnte ein Hervorheben dieser Meinungsverschiedenheiten nur Unheil anrichten. Es sei zwecklos, zu vermuten, daß die gegenwärtigen Besprechungen eine entscheidende Bedeutung für die englisch-französischen Beziehungen haben. Es sei zwar keine weitere Zusammenkunft zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter vereinbart worden, doch sei es wahrscheinlich, daß von Paris aus über gewisse Punkte, die von Lord Curzon nicht genügend geklärt seien, weitere Informationen gesandt würden.“

Londoner Stimmen.

London, 4. Juli.

Ueber die gestrigen Besprechungen des englischen Außenministers mit dem französischen und belgischen Botschafter teilt die „Times“ mit, der belgische Botschafter habe dargelegt, daß die belgische Regierung eine baldige Erörterung der gesamten Reparationsprobleme zwischen den Regierungen von Brüssel, Paris und London aufreibe.

„Daily Telegraph“ urteilt über die gestrigen Besprechungen, es seien nur Klatschereien gewesen. Poincaré sei der Ansicht, daß die gegenwärtige Lage keine schriftliche Beantwortung des Fragebogens rechtfertige. Aus Höflichkeit werde die französische Regierung aber doch einer schriftlichen Antwort zustimmen. Bezüglich der Befehlungsfrage habe er erklären lassen, daß diese von dem Verhalten der deutschen Regierung und der deutschen Bevölkerung abhängig sei. Die Räumung komme aber erst in Frage, wenn Deutschland die französischen Forderungen vollständig erfüllt habe. Trotz dem habe Warshawski noch einen Räumungsplan für drei Räumungsstufen ausgearbeitet. Lord Curzon habe darauf die Bemerkung gemacht, annehmend wolle Frankreich das Ruhrgebiet überhaupt nicht räumen. Curzon sei nach Schluß der Unterredung sichtlich enttäuscht gewesen.

Andere Ansichten legen dar: Die Lage ist zwar nach wie vor als kritisch anzusehen, weil die englische Regierung mit großer Beforgnis die Entwicklung der Dinge in Deutschland verfolgt. Aber man hält es in hiesigen politischen Kreisen für äußerst wahrscheinlich, daß die Regierung Lord Curzon beauftragt wird, die Aussprache in einem etwas beschleunigten Tempo fortzuführen.

eine weitere Besprechung zwischen Reichstagskanzler Dr. Cuno und dem päpstlichen Nuntius Piacelli statt. Der Vertreter des H. Vaters gab dem Wunsch des päpstlichen Stuhles Ausdruck, daß die deutsche Regierung sich gegen Sabotageakte wenden möchte. Die Reichsregierung ist um so eher in der Lage, diesem Wunsch stattzugeben, als der Reichstagskanzler sich wiederholt gegen Sabotageakte ausgesprochen hat. Heute Donnerstag wird eine neue Besprechung zwischen dem Reichstagskanzler und dem päpstlichen Nuntius stattfinden. Die Delegationen wollen sich der Erklärung der Regierung gegen die Sabotageakte nicht anschließen. Innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion war der Wunsch nach einer politischen Aussprache im Reichstag, noch vor Beginn der Ferien laut geworden. Der Reichstagskanzler machte die Führer der Fraktion auf die außenpolitischen Folgen einer solchen Aussprache aufmerksam. Heute wird darüber entschieden werden, ob auch die sozialdemokratische Fraktion sich der Ansicht der Führer, die sich der Meinung des Reichstagskanzlers nicht verschließen haben, zu eigen machen. In den Besprechungen war vom Abg. Dr. Stresemann der Vorschlag gemacht worden, den Reichstagskanzler oder den Reichsaussenminister über die gestrigen Besprechungen in einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages sprechen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde aber aus inner- und außenpolitischen Gründen von der Reichsregierung abgelehnt. Auch wünscht die Regierung keine groß angelegte innerpolitische Aussprache, die sich im Reichstag als Anlaß der Steuerfragen etwa entzünden könnte.

Eine Erklärung der rheinischen Abgeordneten.

MTB. Berlin, 4. Juli. Wie wir hören, beabsichtigen die rheinischen Abgeordneten des Reichstages eine öffentliche Erklärung gegen die Sabotageakte zu erlassen. Eine Kommission von rheinischen Abgeordneten ist zurzeit mit der Ausarbeitung des Wortlauts beschäftigt.

Große Sorge und Ungebuld.

Die Ausführungen der diplomatischen Korrespondenten der heutigen Morgenblätter zeugen von einer schweren Sorge, die in den hiesigen Kreisen über die weitere Entwicklung der Verhandlungen in der Ruhrfrage besteht. „Daily Chronicle“ glaubt zwar, eine leichte Entspannung feststellen zu können, gibt aber zu, daß die Besprechungen nicht so befriedigend verlaufen, wie man in amtlichen Kreise vermuthet. „Westminster Gazette“ betont die freundschaftliche Form der Besprechungen, hebt aber die wachsende Ungebuld der englischen Geschäftsleute hervor. Die „Times“ sagen, Belgien bemühe sich, die Auffassungen Großbritanniens und Frankreichs miteinander in Einklang zu bringen. Es sei kein besonderer Fortschritt erzielt, doch bestehe eine gewisse Klarheit, die der britischen Regierung ermögliche, ihre eigene Politik genau zu bestimmen. Gegenwärtig sei eine sorgfältige Überlegung nötig. Es sei bedauerlich, daß infolge unzureichender Berichte über die gestrige entscheidende Entscheidung der englischen Regierung Mißverständnisse entstanden seien. Das Blatt betont, daß England schwere Sorgen und wachsende Ungebuld befehle, und daß auf die englische Regierung ein schwerer Druck ausgeübt würde, um über ihre Politik eingehende Erklärungen abzugeben.

London, 4. Juli. Es wird weiter gemeldet: Sicher ist nur, daß sich England auf kein längeres Fortspinnen der begonnenen Unterhandlungen einlassen wird, worauf Poincaré hingießt. Nichtamtliche Kreise sehen überall das Ergebnis als gleich Null und sehen einen Vorteil nur in dem gesicherten Beweis, daß Poincaré keinerlei bindende Antwort geben will.

Frankreichs hochfahrende Sprache.

+ London, 4. Juli 1923.

Graf St. Aulaire scheint bei Curzon etwa folgendes von dem französischen Standpunkt dargelegt zu haben: „Wenn man sowohl die Wiederherstellungsfrage als auch die Frage der interalliierten Schulden und die Frage des Ruhrgebietes, die sehr verschiedene Natur seien, und von denen die letztere einen ausgeprägten Augenblickscharakter, die andere eine allgemeinere Bedeutung hätten, behandelte, dann werde wohl ziemlich lange Zeit vergehen, bevor in einer diplomatischen Erörterung die beiden Standpunkte, die voneinander sehr verschieden seien, behandelt werden können. Frankreich sei jedoch bereit, in eine derartige Aussprache einzutreten, und meine auch seinerseits, daß man wohl die notwendige Zeit hierfür aufwenden könne. Frankreich sei nicht der Ansicht, daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands so unmittelbar bevorstehe, daß eine

weitere Hinausschiebung der Verhandlungen für die gesamte Lage Europas gefährlich werden könnte. Wenn dagegen England sich damit begnügen wolle, Deutschland eine Antwort zugehen zu lassen, in der ihm einfach gesagt wird, es müsse seinen passiven Widerstand einstellen, dann sei Frankreich gern bereit, umgehend schriftlich die Bestimmungen für eine Kapitulation Deutschlands an formulieren. Dagegen weigere Frankreich, einen Aushandels mit Deutschland abzuschließen, und durch eine Verlängerung seiner Rechte ein Aufheben der Sabotageakte zu erreichen.“

Das Hauptergebnis der gestrigen Verhandlungen scheint darin bestanden zu haben, daß man nunmehr allgemein in politischen Kreisen voransieht, daß die französische Regierung in absehbarer Zeit eine schriftliche Antwort nach London zu senden bereit sein dürfte.

Die alten französischen Sehlgien.

Paris, 4. Juli 1923.

(Eigener Drahtbericht.)

Die heutige Kammerdebatte fand unter dem Vorsitz des Kammerpräsidenten Raoul Peret statt, der, von einer längeren Krankheit genesen, wieder nach Paris zurückgekehrt war. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Budgets der Ausgaben für den Wiederaufbau. Der Berichterstatter Abg. G. M. O. D. kündete an, daß das Budget sich dieses Jahr auf 13 316 824 493 Francs belaufe. Er erinnerte an die verschiedenen Verhandlungen, die im Laufe des letzten Jahres in der Reparationsfrage geführt wurden, und spricht von dem „schlechten Willen Deutschlands“. Frankreich habe bis jetzt rund 100, und Belgien 50 Milliarden für das Konto Deutschlands vorgeschossen. Beide Nationen hätten noch die Hälfte ihrer Schäden zu reparieren. Die letzten deutschen Vorschläge seien eine Enttäuschung für alle Alliierten gewesen. England wie auch Italien hätten das Deutschland fundgetan. Die von Deutschland angewendete Methode verfolge den Zweck, ihm zu gestatten, sich seiner Verpflichtungen zu entziehen. Der Berichterstatter nennt die wirtschaftliche Lage Deutschlands blühend, Deutschlands Produktion sei in vorzüglicher Steigerung begriffen, auch seine Handelsflotte vermehre während die von Deutschland verwurfsenen Länder nicht dazu kommen, sich wieder zu erheben. Die Lage Deutschlands bestehe nach Tag zu Tag in allen Zweigen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. Der Berichterstatter spricht schließlich von der Entwertung der Mark und der fortgeschrittenen Verdrängung der deutschen Großkapitalisten, deren Reichthum in dem Maße steige, in dem sich die Finanznot des deutschen Reiches vergrößere. Deutschland habe nicht nur keine Vermögensgegenstände, um sein Budget auszugleichen, sondern durch eine Inflationsschraube, die alles überfliege, was man nach dieser Hinsicht gehört habe, den Zusammenbruch der Mark herbeigeführt. (Man sieht, wie der Berichterstatter seine Rede an den sich immer wiederholenden Exzessen Poincarés bei jeder Gelegenheit gegen Deutschland gelernt hat. Die Red.)

Die Lage im Einbruchgebiet.

Mit Münster, 4. Juli. Auf der Strecke Düsseldorf—Solingen—Königsberg war der Verkehr gestern noch unbehindert. Gleichfalls besteht noch die Verbindung Düsseldorf—Bonn—Düsseldorf und umgekehrt. Jedoch müssen deutsche Staatsangehörige in Bonn die Züge verlassen, können sie aber auf der nächsten Station wieder bestiegen.

+ Dortmund, 4. Juli. Vom 15. Juli ds. Js. ab wird bei den Befehlungsgruppen im Gewerbeverein, Ede Ruffstraße, ein Soldatenheim eingerichtet. Demnach werden der große Saal im Erdgeschoß, drei Säle im ersten Stock und der Garten mit Beschlag belegt werden. Restaurant und Küche bleiben weiterhin für das Publikum in Betrieb.

+ Buer, 4. Juli. Der an der Schieberei in Marl, bei der bekanntlich zwei belgische Soldaten erschossen und ein dritter verwundet wurde, beteiligte Elektromonteur Knickmann, der angeblich die üblichen Schiffe abgegeben haben soll und in die Rube sprang, um zu entkommen, hierbei aber angeschossen wurde, wurde am heutigen Mittag als Leiche aufgefunden. Im Anschluß daran erfolgte die Freilassung der als Geiseln festgehaltenen Angehörigen des Knickmann, der Mutter und Schwester. Die übrigen Geiseln sind noch in Haft und von Duisburg nach Moers ins Gerichtsgefängnis gebracht worden.

Ausweisungen und Verhaftungen.

Mit Münster, 4. Juli. In Reddinghausen wurde gestern Abend 6 Uhr der stellvertretende Landrat Graf Martini aus einer Sitzung des Kreisaußschusses heraus verhaftet, angeblich auf Veranlassung der Belgier als Geisel für die Marler Vorfälle. In Bottrop wurde der Amtsgerichtsrat Meier von den Einbruchstruppen verhaftet.

Kommunistische Denunziationen.

Mit Dortmund, 4. Juli. Am 2. Juli sind die Franzosen in das Landratsamt Sörde eingedrungen, um es nach Waffen zu durchsuchen. Hierbei wurden Schranke und Tische erbrochen und durchwühlt, sowie die Einrichtungsgegenstände demontiert. Der Grund der Durchsuchung ist in einer kommunistischen Denunziation zu finden, daß sich Waffen von Selbstmordorganisationen in dem Gebäude befinden sollten.

X Frankfurt a. M., 4. Juli. Französische Truppen besetzten am Dienstag früh die im Westausgang des Frankfurter Bahnhofs befindliche Blockstation Reiskind. Auf den Eisenbahnverkehr hat diese Maßnahme keinen Einfluss, da diese Station schon seit Monaten wegen der Einstellung des Zugverkehrs nach Höchst bezw. Wiesbaden außer Betrieb war.

MTB Berlin, 4. Juli. Im Sozialpolitischen Ausschuss wurde heute die Beratung über die Verringerung der Reichsversicherungssumme fortgesetzt. Die Diskussion drehte sich heute um die Ankerversicherung und die ~~Wahl~~ Wahl des

Während der Beratung erschienen die bekanntesten Angelegenheitsvertreter wieder auf dem Plan. Der Geselzentwurf wurde im wesentlichen unverändert im der Ausschussfassung gebilligt. Angenommen wurde ein Antrag Schöff (Dn.) Frauen bei Verheirathung die Gehälter der bis dahin gezahlten Beiträge zurückzusetzen und ein Antrag Schöder (Soz.) auf die steigenden Valutenrenten zum 18. Lebensjahr (bisher 15.) auszuweichen. Ein Antrag Düringer (D. R. P.), ein besonderer Gehalt zum Schutz der Hypothetengläubiger zu erlassen, war vom Rechtsausschuss abgelehnt worden. Er schlug dafür eine Entschädigung vor, die einen Geselzentwurf fordert, durch ein vereinfachtes Gültendürchen Vorlage zu treffen, das die Eltern und ähnlichen Rechten die Geldentwertung berücksichtigt wird. Abg. Düringer (D. R. P.) schließt die ungewisse Geselzentwertung und die unerschöpflichen Folgen, besonders auch für die Hypothetengläubiger. Auch jetzt dürfte man nicht

Ein Spionage-Häufpling. Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Verhandlung gegen sieben Spione statt, die im Jahre 1922 zugunsten Frankreichs militärische Geheimnisse, besonders die Verhältnisse bei der Reichswehr und Schutzpolizei auszuspähen verurteilt waren. Aus der Verhandlung ergab sich folgendes Bild. Um den Kraftwagenführer Franz Niehus, der schon 1913 wegen schweren und verurteilten Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis und später wegen desselben Verbrechens zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, fielen sechs blutjunge Leute, ein Unterwachmeister Emil Böttcher von der Reichswehr, der Gelegenheitsarbeiter Theodor Seebachmann, der auch schon wegen verurteilten Diebstahls und außerdem wegen Missetat verurteilt ist, ein Jagtmittelweber Theodor Kinske sowie der Jagtmittelweber Theodor Seider und die beiden Brüder Siegfried und Theodor Strider, die wegen Verurteilung einer Anzeige angeklagt worden waren. Bei der Verhandlung können die jungen Leute nur mit Mühe ihre Tränen zurückhalten. Der einzige Reifsaufsteige ist Niehus, ein Mann von wohlgepflegtem Bart und tüchtig leuchtenden Augen. Er besitzt flüssige, antwortet höflich, klar und mit ruhiger Stimme. Vom November 1918 bis Februar 1922 arbeitete er in Münster a. P. als Verwalter und danach für den französischen Nachrichtendienst. Sein Einfluß auf die Genauen in Münster ist sehr bedeutend gewesen sein, da keiner von ihnen aus eigener Initiative in so raffinierter Weise vorgegangen ist. Im Verlauf der Verhandlung gewann das Gericht ein Bild von der ehelichen Gefinnung des Kraftwagenführers Niehus, der aus Gewinnlust eine ganze Reihe von Nachrichten und Dokumenten beschaffte und sich auch der Hellsichtigkeit bedient hatte, um sein Einkommen durch französisches Geld zu vergrößern. Ihm zur Seite stand der Unterwachmeister Böttcher, der, wie

* Gerichte.
Die alljährliche
Leinwand wieder
Zeit werden
Dingen erlaßt
Gerichtsbare
zustellweilige
Bermietet u.
Zurückhaltung
aus Dienst-
sachen, Strei-
angefangenen
auf Antrag
zu bezeichnen.
* Gräber-
verlehen: a)
11.30 abends
erends und
Herford ab 3.
noch Montag
len die Züge
* 50. Bis
Rom 8. bis 1.
verammlung
meinschaft,
tag des pr.
der Gelde
zum 50jähr.
einsorganisat.
feldmarischall
* Nicht m.
Justizminister
zeugung getro-
darauf hin,
sorgeziehun-
gänft als
Von da aus
bschlungsbefehl
und auf die
essentlichste
Ausdruck. In
gebrauch der
bet werden.
zur Bezeich-
nagten durch
Stand noch
werde es sich
Hinweis auf
zu unterlassen
Sache gebote
* Auch da
kosten betrage
eine Zuchtba-
büßen, sowie
Polizeigefan-
fangene 4000
mähigt sich
2400 Mark.
* Auf d.
Rippe hat sich
wiesentlich be-
reits seit ein-
der Fingeln
Mißbelandfuf-
in dieser W.
Witruera, W.
enthernung u.
In der Met-
nuzmittelgen
Arbeitsmarkt
heitlich. W.
triebe noch r-
gärten infol-
beitsfredung
* Wern-
Werne 1 und
heiten und
millen der
gliedern ein-
oberten Sen-
Markt, welch-
edlen Spent
Dant.
* Werne,
Transport i-
unter Leitun-
rid. Auf de
Deutsch-Ame-
sam. Er so
heutigem d.
1 600 000 M.
Gamm vern-
* Wern-
D. aus Heß-
Herbern aus
brechen d.
* Wider-
wurde folge
am heutigen
fiatfindende
lung in d.
gung prote-
Ausgabe ein-
nicht als B.
lichen Grün-
zuständigen
be- geschaffe-
erläßt um
wie es mögl-
Sorge zu
tuge Verfam-
gründliche
greift, ander-
zur Selbst-
für die dard-
ständigen B.
+ Deme-
ten der Gro-
Diensttag
schlossen.
* Witen-
Uhr entlan-
tand.
neuen Auto-
ten in d.
gen Münz-
schranken.
* Dipp-
ung lid e-
auf der B.
Raffertum-
rma. Das
Gibber, He-
durch die
bericht dem
anderen
baben. Da
* Dipe,
Elsen b-
das „Saue-
sammenbr-
personal n-
ren, hat re-
fahrenden
Fahwagens
Schaffner
schloß un-
Wien

Angel
 240.
 800.
 Inter
 mense

Nun

Schar
 et

Fran
 trün

Paris
 späten A
 einen tie
 Meldung
 französij
 nungsbo
 war des

Der
 von der
 Meinung
 rehung
 Nord Eng
 zeigt hal
 iene Aus
 hüllun
 gen, die
 gen An
 ihnen die
 Befehl: J
 Zentrall
 ist der P
 schüßter
 ungsage
 wunderb
 der fran
 das Pari
 care hat
 Meinun
 sei nie
 Gegensta
 Englands
 Einsteilun
 ist klar
 wenn es
 erhebt
 se und u
 in der A
 das vol
 ren wi
 stand
 klar und
 nicht ver
 daß wir
 Bezahle
 maltung
 unter
 werden.
 land h
 schaft
 Deutschl
 gen, die
 eine Ein
 fähr P
 bons J
 ner For
 Gebühn
 sondern
 Millard
 Gebiete
 tin" sag
 daß es
 den will
 diete ne
 beisplan
 ar bei
 unter 2
 vollstän
 In pa
 Frank
 auf dem
 a Klein
 das heis
 land als
 Es ist
 Plan a
 den Frie
 doner J
 zöfische
 wird, o
 Deshalb
 sischen A
 entwikel
 meinden
 Zeit, die
 seine sel
 selbst v
 schneide
 tigle
 Das to
 englische
 laub, die
 Plan d
 entwikel
 nukes
 26 Mon
 wolle, n
 England

X P
 wärtige
 de Sef
 mit P
 Härte, d
 über die
 ten Vor